

Weltkonferenz Habitat II

In der Reihe globaler Konferenzen der Vereinten Nationen findet vom 3. bis 14. Juni 1996 in Istanbul die „Zweite Weltkonferenz zu Fragen der menschlichen Siedlungen“ (Habitat II) statt. Sie hat zwei thematische Schwerpunkte: „Angemessene Unterkunft für alle“ und „Nachhaltige Siedlungen in einer zunehmend verstädterten Welt“. Es geht also um eine sozial- und zugleich umweltverträgliche Entwicklung urbaner Lebensräume – ein globales Problem, das freilich je nach lokaler Lage höchst unterschiedliche Ausmaße und Formen hat und das in engem Zusammenhang mit den Themen der vorausgehenden Konferenzen steht (Umwelt, Menschenrechte, Bevölkerung, Armut, Frauen). Sie wird ein Aktionsprogramm verabschieden, das auf den nach wie vor gültigen Leitprinzipien der Deklaration von Vancouver 1976 (Habitat I) aufbauen kann, den ökologischen Aspekten aber weit mehr Gewicht einräumen wird.

Hintergrund ist der globale Urbanisierungsprozeß, der sich in die Dritte Welt verlagert hat, eine Folge des Bevölkerungswachstums und der dadurch ausgelösten Landflucht. Im Jahr 2000 werden mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung (rund drei Milliarden Menschen) in städtischen Siedlungen wohnen, etwa die Hälfte von ihnen in Millionenstädten, darunter 25 Ballungszentren mit mehr als zehn Millionen Einwohnern. Diese Entwicklung überfordert immer mehr die Stadtverwaltungen und verschärft die schon heute kaum mehr bewältigbaren sozialen und Umweltprobleme, die sich gegenseitig verstärken: Obdachlosigkeit, Slums, durch unsauberes Trinkwasser und Abfälle übertragene Krankheiten, Mangel an kommunalen Dienstleistungen, Ferne zum Arbeitsplatz, Straßenkinder, Kriminalität, chronischer Verkehrsinfarkt oder Luftverschmutzung, um nur einige Problemfelder zu nennen. Am meisten Sorgen bereitet eine extreme Wasserknappheit, die – so eine UN-Studie zur Vorbereitung von Habitat II – die meisten Städte in den Entwicklungsländern vom Jahr 2010 an bedroht. Viele dieser Probleme sind mitverursacht durch falsche politische Prioritäten, besonders die Vernachlässigung der ländlichen Räume, was die junge und dynamische Generation abwandern läßt und so das Stadt-Land-Gefälle weiter vertieft, eine primär auf die Bedürfnisse der Oberschichten ausgerichtete Infrastrukturpolitik und die fehlende Stadtplanung der Kommunalverwaltungen.

Aus dem Grundbedürfnis nach einer gesunden Unterkunft, Zugang zu öffentlichen Grunddiensten und bezahlbaren Transportmitteln zum Arbeitsplatz läßt sich ein „Menschenrecht auf Wohnen“ ableiten, für dessen politische Umsetzung es freilich klare Adressaten geben muß. Nur durch ein Bündel von präventiven wie kurativen Maßnahmen und im Zusammenwirken von Staat, Markt und Be-

völkerung lassen sich die gewaltigen Probleme lösen. Grundlegend ist auf jeden Fall die Eigeninitiative und das Mitwirken der betroffenen Menschen selbst, die „nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung“ sind, wie die Nichtregierungsorganisationen im Vorfeld der Konferenz zu Recht betont haben.

Zahllose Projekte beweisen die Kreativität und Kompetenz gerade der Armen, besonders beim Wohnungsbau. Der Staat muß diese Bereitschaft zur Selbsthilfe materiell und finanziell unterstützen, zum Beispiel durch Baumaterial und Kredite, und für die notwendige Infrastruktur sorgen. Noch wichtiger sind förderliche Rahmenbedingungen, vor allem der Zugang zu Grund und Boden, sichere Besitztitel, damit sich die Eigeninitiative lohnt, und Rechtsschutz gegen willkürliche Umsiedlungen. So wenig die Kräfte des freien Marktes in diesem Bereich ausreichen – man denke nur an die Bodenspekulation –, so wichtig ist es, die notwendigen Reformen möglichst marktkonform zu gestalten. So sollten die Wasserpreise die Knappheit dieses unersetzlichen Gutes zumindest widerspiegeln, um seine gedankenlose Vergeudung zu verringern. Alle Stadtentwicklungsprogramme werden freilich wenig bewirken oder sogar die Urbanisierung verstärken, wenn nicht gleichzeitig vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, so vor allem eine umfassende ländliche Entwicklung, eine dezentrale Förderung von Mittel- und Kleinstädten sowie eine aktive Bevölkerungspolitik.

Die Thematik dieser Konferenz betrifft jedoch keineswegs nur die Dritte Welt, sondern auch die Industrieländer, weil auch sie mit Wohnungsnot und städtischen Umweltschäden zu kämpfen haben, weil ihr städtischer Lebensstil, etwa der starke Individualverkehr, weithin auch die Kosummuster im Süden prägt, und schließlich weil die Entwicklungsländer zur Lösung ihrer urbanen Probleme auf finanzielle und technologische Hilfe angewiesen sind. Schon in ihrem Eigeninteresse sollten darum die reichen Länder eine Kommunalpolitik verfolgen, welche die städtischen Probleme sozial- und umweltverträglich zu lösen versucht, zum Beispiel durch eine „Stadt der kurzen Wege“, die wieder eine größere Nähe von Wohnen, Arbeiten und Freizeit ermöglicht. Aufgrund ihrer Leitbildfunktion könnten sie damit zugleich positive Anstöße für die Stadtentwicklung im Süden geben.

Urbanisierung ist jedoch nicht nur ein demographisches und politisches Problem, sondern auch ein ambivalentes soziokulturelles Phänomen, denn sie ist von tiefgreifenden Veränderungen in Wertvorstellungen und Lebensweise begleitet. Eine humane Bewältigung der damit verbundenen Probleme erfordert daher Freiräume und Anlaufstellen, in denen Menschen sich begegnen, ihre Alltagsprobleme besprechen und kulturell-religiöse Orientierung finden können. Hier liegt eine große Herausforderung für die Religionen, die christlichen Kirchen eingeschlossen; denn ihre meist eher dem dörflichen Milieu verbundenen Traditionen sind nicht selten ein Hindernis für eine kritische Inkulturation auf dem Markt der Weltanschauungen in den säkularen Städten.

Johannes Müller SJ